

Verwundbare Atomtechnik Berichte über Terrorrisiken und Schlamperei sorgen für Unruhe.

Jülich weiß von keiner Gefahr

Atomzentrum und Verfassungsschutz

dementieren Meldung über Terror-Vorbereitung

Von Markus Decker

Ein Bericht des Redaktionsnetzwerks Deutschland sorgte am Donnerstag für Aufregung. Es meldete, in der Wohnung des mutmaßlichen Paris-Attentäters Salah Abdeslam seien Unterlagen über das frühere Kernforschungszentrum Jülich gefunden worden. Demnach handele es sich um ausgedruckte Internet-Artikel über die ehemalige Kernforschungsanlage und Fotos von Vorstandschef Wolfgang Marquardt, der das heutige Forschungszentrum leitet. Zur Anlage gehört auch ein Zwischenlager mit Atommüll. Das Redaktionsnetzwerk behauptet, der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, habe einzelne Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) Ende März in getrennten Gesprächen über den Sachverhalt informiert.

Das Bundesamt bestreitet dies. Maaßen habe in der Angelegenheit keine derartigen Gespräche geführt, erklärte ein Sprecher. Das Forschungszentrum in Jülich hat nach eigenen Angaben „keinerlei Hinweise auf eine etwaige Gefährdung“. Das schrieb die Einrichtung am Donnerstag in einem kurzen Statement auf ihrer Internetseite. Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stephan Mayer, sagte der Frankfurter Rundschau: „Das mutet eher wie eine Ente an.“ Aufseiten der Union sei jedenfalls niemand informiert worden, fuhr

Mayer fort. Und Vertreter des Verfassungsschutzes und des Bundeskriminalamtes hätten noch am Mittwoch im Innenausschuss versichert, über das bisher Bekannte hinaus gebe es keinen weiteren Deutschland-Bezug der Attentäter von Paris und Brüssel.

Bekannt ist, dass Abdeslam vom 2. auf den 3. Oktober 2015 in Ulm war und vor einem Hotel drei Personen aus einer Flüchtlingsunterkunft abgeholt und nach Belgien gebracht haben soll. Zwei von ihnen konnten identifiziert werden. Beide sind Syrer.

Der stellvertretende PKGr-Vorsitzende André Hahn (Linke) sagte der FR zu dem Bericht: „Ich hatte kein solches Gespräch. Und das PKGr hat nicht getagt.“ Er fügte hinzu: „Wenn der Verfassungsschutzpräsident selektiv informiert hat, dann wäre das eine Verletzung seiner Amtspflichten.“ Denn er sei dem gesamten Gremium verpflichtet.

In der Sache würde die Meldung durchaus Sinn ergeben. Denn dass die Islamisten, die die Taten von Paris und Brüssel begingen, offenbar Atomanlagen im Visier hatten, ist offensichtlich. So wurden die belgischen Atomkraftwerke Doel und Tihange nach den Brüsseler Anschlägen teilweise geräumt. Die von der Atomaufsicht angeordneten Vorkehrungen sollten das Risiko minimieren, dass Personen, die Böses im Schilde führten, auf die Gelände gelangten, lautete die Begründung.

Die Teil-Räumung könnte mit

einer Fahndungserkenntnis in Zusammenhang stehen. Demnach hatten belgische Ermittler am 26. November 2015 in einer Wohnung in Auvelais, 60 Kilometer südlich von Brüssel, Fingerabdrücke des Terrorverdächtigen Amine Choukri gefunden, der sich zeitweise auch in Deutschland aufhielt. Das Haus diente als eines von vielen Verstecken der Attentäter von Paris. Darin entdeckte die Polizei ein Video mit stundenlangen Aufnahmen eines Hauseingangs und dem davorliegenden Straßenabschnitt. Ziel der Überwachungsaktion war ein Direktor des belgischen Nuklearforschungszentrums SCK-CEN in Mol, nordöstlich von Brüssel, rund 70 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt.

Greenpeace sieht Risiken

Dass Terroristen Atomkraftwerke angreifen oder in den Besitz von Massenvernichtungswaffen bzw. schmutzigen Bomben gelangen, zählt zu den Alpträumen von Sicherheitsexperten. „Atomkraftwerke in Belgien und anderswo sind ein potenzielles Anschlagziel für Terroristen mit möglicherweise verheerender Wirkung“, sagte Greenpeace-Atomexperte Heinz Smital. „Wenn belgische Bahnhöfe abgeriegelt sind, Flugzeuge am Boden bleiben und U-Bahnen stillstehen, müssen auch die Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Ein schwerer Unfall in einem AKW ist kein Restrisiko mehr.“